

Inhaltsverzeichnis

1. Tasso Enzweiler	
2. Ketchum Pleon	
3. Hering Schuppener	
4. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
5. Atlantik-Brücke	
6. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	

Tasso Enzweiler

Tasso Enzweiler (*15. April 1964 in Oberhausen), Journalist und PR-Manager, ist Gründer und Partner der Managementberatung **Enzweiler & Partner**. Davor war er Geschäftsführer der PR-Agenturen **Ketchum Pleon** und **Hering Schuppener** sowie der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM), einer Lobbyorganisation der Metall-Arbeitgeber. Er ist Mitglied der **Atlantik-Brücke**, Policy Research Fellow des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** und Autor des ÖkonomenBlog der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen und Netzwerke	2
3 Wirken	2
4 Zitate	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
6 Einzelnachweise	3

Karriere

- 9/2013 Gründung von **Enzweiler & Partner** (E & P) Partnerschaftsgesellschaft
- 6/2011 - 4/2013 Geschäftsführer und Leiter des Standorts Düsseldorf von **Ketchum Pleon**
- 2006 - 2011 Managing Director der **Hering Schuppener Consulting**
- 2002 - 2006 Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)
- 1992 - 2002 Chefreporter bei der Londoner "Financial Times" und der "Financial Times Deutschland", Redakteur für "Capital" und das "Manager Magazin"
- Erwerb eines MBA ab der WHU, Vallendar, sowie an der Kellogg School of Management, Chicago
- Promotion an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster
- Studium der Volkswirtschaft an der Universität zu Köln

Quelle: ^[1]^[2]

Verbindungen und Netzwerke

- Mitglied der **Atlantik-Brücke**
- Policy Research Fellow des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit**
- Autor des ÖkonomenBlog der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)

Wirken

Tasse Enzweiler nimmt regelmäßig zur Wirtschaftspolitik Stellung und vertritt dabei neoliberale Standpunkte. ^[3]

Zitate

Auch wenn manches durch die rosarote Brille gesehen wird, so sind die wirtschaftlichen Vorzüge des TTIP unstrittig. Genauso wichtig aber auch: Ein Freihandelsabkommen wäre ein starkes politisches Signal für die Gestaltungskraft des Westens, würde Maßstäbe setzen für eine offene Wirtschaftsordnung und für die Sicherheitspartnerschaft in der NATO.

Quelle: ^[4]

Es ist nun mal so: Die US-Boys & Girls sind freiheitlicher orientiert, freuen sich über Erfolg, sind weniger neidisch, packen an und probieren mehr aus. Deutschland reguliert die Wirtschaft mit Normen und Steuern stärker, Erfolg wird eher missgönnt als jenseits des großen Teichs, hohe Gewinne und Vermögen sind in Deutschland tendenziell suspekt, viele junge Menschen nehmen gerne sichere Jobs beim Staat.

Quelle: ^[5]

Die ökonomische Theorie der Politik hat mit dem Konstrukt des nutzenmaximierenden, egoistischen Politikertypus eine Antwort gefunden. Nun, Altruismus und Politik sind sicher zwei Schuhe, die häufig nicht zusammenpassen. Auch ist es richtig, dass viele Politiker maximal bis zur nächsten Wahl denken. Doch solche generalisierenden Erklärungen helfen nicht weiter, der gesamte politische Berufsstand kann nicht einfach als egoistisch und kurzsichtig verteufelt werden. Wie sollte man sonst die große Reformleistung eines Gerhard Schröder und seiner Agenda 2010 einordnen? Wieso wagte der holländische Premier Wim Kok in den 90er Jahren den damals hoffnungslos erscheinenden Versuch, das verkrustete holländische Politiksystem zu reformieren und ein wegweisendes Bündnis für Arbeit zu installieren? Und wie lässt sich die formidable Energieleistung von Margaret Thatcher und Tony Blair einordnen, die beide auf ihre Weise Großbritanniens Struktursklerose durch mutige Wirtschafts- und Bildungsreformen abschafften und das Land in die erste Liga der globalen Wirtschaftsnationen zurückführten.

Quelle: ^[6]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Partner, Webseite Enzweiler & Partner](#), abgerufen am 29. 09. 2015
2. ↑ [PRREPORT vom 15. März 2013](#), Webseite abgerufen am 29. 09. 2015
3. ↑ [Webseite Enzweiler & Partner](#), Auflistung der Veröffentlichungen, zuletzt aufgerufen am 15.7.2016
4. ↑ [Transatlantische Werte neu justieren](#), Gastkommentar im Handelsblatt, 17. Juni 2013, zuletzt aufgerufen am 15. Juli 2015
5. ↑ [Amerika, Du hast es besser](#), Gastkommentar im Handelsblatt, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 15. Juli 2015
6. ↑ [Wege aus dem Reformstau](#), Gastbeitrag im Handelsblatt, 9. Dezember 2015, zuletzt aufgerufen am 15.7.2016

Ketchum Pleon

Ketchum Pleon ist eine Agentur für Kommunikationsberatung und Public Relation (PR). Sie entstand im Januar 2010 durch die Fusion der in Europa tätigen Agentur Pleon und der weltweit agierenden Agentur Ketchum. Beide gehören zur US-amerikanischen **Omnicom Group**. Die Beratungsunternehmen treten global unter dem Namen "Ketchum" und in Europa als "Ketchum Pleon" auf. Ketchum Pleon entwickelt Kommunikationsstrategien und Kommunikationsprogramme für Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Zu den angebotenen Leistungen gehören auch Politikbeobachtung sowie Lobby- und Medienarbeit.

Ketchum Pleon	
Branche	PR- und Unternehmensberatung
Hauptsitz	New York; Sitz Europa und Deutschland: Bahnstraße 2, 40212 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Brüssel
Webadressen	www.ketchum.com und www.ketchum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	4
2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 Ketchum und Country Branding für Russland	4
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	5
4 Personen	6
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
6 Einzelnachweise	7

Lobbystrategien und Einfluss

- Wie ist die Lobbyarbeit organisiert?
- wichtige Personen (aktuell und ehemalg), z.B. Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)
- Wichtige Verbandsmitgliedschaften und andere Netzwerk-Beziehungen
- Strategien: Ziele, erkennbare Konstanten, Einflusstategien

Fallbeispiele und Kritik

Ketchum und **Country Branding** für Russland

2006 erhielt Ketchum 2 Millionen Dollar, den damaligen G8 Gipfel, den Russland veranstaltete, medial zu propagieren.^[1]

2007 engagierte die russische Regierung Ketchum, um das zunehmend ramponierte Image aufzupolieren. Dazu sollte das Bild von Vladimir Putin, der russischen Regierung, des staatlichen Gasunternehmens Gazprom und des Militärs verbessert werden. Ketchum sollte vor allem die Energiesicherheit Russlands propagieren und gleichzeitig ausländische Investoren anlocken. Für einen zweimonatigen Vertrag bekam Ketchum 845.000 Dollar.^{[1][2]} Im gleichen Jahr zahlte auch Gazprom monatlich 250.000 Dollar an die PR-Agentur, die im Gegenzug eine Vielzahl von Treffen mit amerikanischen Presse- sowie Regierungsvertretern organisierte.^[3]

2008 wurde Ketchum erneut von der russischen Regierung als Teil einer groß angelegten Werbekampagne engagiert, um der Regierung dabei zu helfen, „[to] tell its story of economic growth and opportunity for its citizens“.^[4] Ketchum arbeitete primär mit der Regierung und Gazprom zusammen. Von August 2008 bis Januar 2009 bezahlte Russland insgesamt 2,9 Millionen Dollar. Vor allem half Ketchum dabei die militärische Invasion Georgiens (2008) in einem guten Licht darzustellen zu lassen. Die PR-Agentur organisierte zum einen ein CNN Interview für und mit Putin, zum anderen Treffen zwischen Reportern und hohen Regierungsbeamten sowie Vertretern von Gazprom. Auch platzierte Ketchum bezahlte Annoncen in der Washington Post und sorgte dafür, dass Putin zur „Person of the Year“ des Time Magazines wurde.^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Global Headquarters von Ketchum befinden sich in New York. Ketchum, ein Unternehmen der Omnicom Group, ist in über 65 Ländern mit über 100 Niederlassungen tätig.

Der Hauptsitz der Ketchum Pleon GmbH ist Düsseldorf. Weitere Niederlassungen gibt es in Berlin, Bonn, Dresden, Frankfurt, München und Stuttgart. Der Honorar-Umsatz von Ketchum Pleon Deutschland wird für 2011 auf 42 Mio. Euro geschätzt.^[6] Die Beratungsfelder sind:

- Ketchum Pleon Change (Bewältigung von Veränderungsprozessen)
- Crisis Management (Unterstützung bei der Prävention und Bewältigung von Krisen einschließlich Medienmanagement)
- Corporate Social Responsibility (Fragen der Globalisierung, Corporate Governance, ökologische Folgen unternehmerischen Handelns)
- Financial Communications (Kapitalmarktkommunikation bei Börsengängen, Fusionen u.ä.m. sowie die Vermittlung von Marken und Produkten von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften usw.)
- Marketing (Marketing-Beratung sowie Kommunikationsdienstleistungen)
- Public Affairs (die Kernleistungen beinhalten unter anderem Politikbeobachtung, Planung und Umsetzung politischer Frühwarnsysteme, Strategieberatung, Lobbying, Coaching, Krisenkommunikation sowie Media Relations und Veranstaltungsmanagement)

Nach eigenen Angaben ist Ketchum Pleon Deutschlands führende Agentur für Kommunikationsberatung und europäischer Marktführer für Corporate Communications, Public Affairs, Change, Healthcare, Brand- und Sales Communications. Für das Unternehmen seien allein in Deutschland mehr als 350 Beraterinnen und Berater tätig. Zu den über 200 Klienten gehörten zahlreiche DAX-30 und Euro Stoxx-Unternehmen, Bundes- und Landesministerien sowie Non-Profit-Organisationen.

Kunden: Bosch, Henkel, ING, Pfizer, Mars, Renault, Total, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - 2010 bis 2014, Bundesministerium für Finanzen - 2010 bis 2012

Personen

Ketchum International

Senior Partner und Chairman: Ray Kotcher

Senior Partner und CEO: Rob Flaherty

Deutschland (Ketchum Pleon GmbH)

Executive Board/Berater

- Dirk Popp (CEO seit Juni 2011), Geschäftsführender Partner des Standorts Dresden und gleichzeitig deutschlandweiter Leiter des Crisis-Management-Netzwerkes, arbeitet seit mehr als 15 Jahren für Ketchum Pleon. In dieser Zeit hat er die Crisis & Issues Practice in Deutschland und Europa etabliert.
- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin des Standortes Berlin
- Horst Wettlaufer (CFO), zuvor Chief Operating Officer für Finanzfragen bei McCann Erickson Deutschland.

Weitere Mitarbeiter sind/waren:

- Hans-Joachim Reck, Senior Advisor seit 1. September 2015. In dieser Funktion berät Reck „Kunden deutschlandweit, etwa beim Lobbying und dem Aufbau von Netzwerken auf bundes- und landespolitischer Ebene“^[7]. Reck war zuvor Bundesgeschäftsführer der CDU (1993-1996), Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen (2003-2006), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag sowie Hauptgeschäftsführer des **Verbands kommunaler Unternehmen** (VKU), 2007-2015). Zudem ist Reck u. a. Präsident des **Bundesverbands öffentliche Dienstleistungen** (BVÖD) und des **Europäischen Verbands der öffentlicher Arbeitgeber und Unternehmen** (CEEP).
- **Tasso Enzweiler**, von 6/2011 - 3/2013 Managing Director und Leiter des Standorts Düsseldorf, zuvor Managing Director bei **Hering Schuppener Consulting**, ehemaliger Wirtschaftsjournalist bei: manager magazin, Capital, Welt, Financial Times Deutschland, ehemaliger Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) und Autor des ÖkonomenBlog der INSM.
- **Andrea Fischer**, Partnerin von Pleon 2006-2009, ehemalige Bundesministerin für Gesundheit 1998-2001, folgend Beraterin für Pharmaindustrie und Krankenkassen, seit 2012 Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover.^[8]

Politikberatung in Berlin

Der Berliner Standort arbeitet unter anderem für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für das Bundesministerium der Finanzen. Das Büro berät darüber hinaus verschiedene Interessenvertretungen sowie zahlreiche international agierende Kunden in den Bereichen Food & Beverage, Energy & Sustainability sowie Healthcare.^[9] Berater in Berlin sind u. a.:

- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin
- Peter Strieder, Senior Partner, ehemaliger SPD-Politiker, ehemaliger Stadtentwicklungssenator von Berlin.
- Christof Biggeleben, Head of Campaigning, berät vor allem Ministerien, Organisationen und Verbände, zuvor bei Scholz & Friends Agenda tätig.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ^[1] ↑ [Russia's Use of PR as a Foreign Policy Tool](#), von Robert Orttung, russian analytical digest 81 /10, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Rebranding Russia](#), von Sheldon Rampton, PRWatch, 08. April 2007, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Caught "Man of the Year" Title for Putin](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 20. Februar 2008, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Helps Russia with "Really Smart PR"](#), von Dianne Farsetta, PRWatch, 06. März 2008, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Consultants Rush in to Help Russia](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 11. Februar 2009, abgerufen am 13. März 2014
- ↑ [Ketchum Pleon Popp holt Campaigning-Chef für Berlin](#), PR-Magazin 5/2012
- ↑ [Ketchum Pleon Deutschland verpflichtet Hans-Joachim Reck](#), Pressemitteilung 11.9.2015
- ↑ [Lobbypedia Artikel Andrea Fischer](#)
- ↑ [Pressemitteilung vom 3. Mai 2012. Ketchum Pleon verpflichtet Head of Campaigning](#)

Hering Schuppener

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Hering Schuppener war eine deutsche PR-Agentur, die 2020 mit [Finsbury](#) und The Global Park Group zu einer globalen Unternehmensberatung für strategische Kommunikation und Public Affairs mit dem Namen Finsbury Glover Hering fusionierte.^[1] Die drei Unternehmen gehören mehrheitlich zur [WPP Group](#). Das Management-Team soll 49,999% der Anteile halten; WPP bleibt Mehrheitsgesellschafter. 2021 gaben Finsbury Glover Hering und die Sard Verbinnen & Company bekannt, dass sie sich zur [FGS Global](#) zusammenschließen.^[2]

Im Zuge von Ermittlungen gegen [Stefan Mappus](#) (ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg) und Dirk Notheis ([Morgan Stanley](#)) wurden 2012 Büros von Hering Schuppener in Düsseldorf und Frankfurt durchsucht.

Die Agentur ist im [Transparenz-Register](#) der EU eingetragen:

laut eigenen Angaben betragen die Ausgaben für Lobbyarbeit auf EU-Ebene zwischen 900.000 und 999.999 Euro.^[3]

HERING SCHUPPENER
Unternehmensberatung für
Kommunikation GmbH

Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	PR-Agentur
Gründungsdatum	1995
Hauptsitz	Berliner Allee 44, 40212 Düsseldorf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue de la Science 41, 1040 Brüssel
Webadresse	fgsglobal.com

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudie	8
2 Kurzdarstellung und Geschichte	8
3 Struktur, Geschäftsfelder, Umsatz	9
4 Verbindungen und Netzwerke	9
5 Weiterführende Informationen	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einzelnachweise	9

Fallstudie

Beim umstrittenen EnBW-Deal, den der frühere baden-württembergische Ministerpräsident **Stefan Mappus** und der damalige Deutschlandchef von **Morgan Stanley**, **Dirk Notheis**, am Parlament vorbei eingefädelt hatten, war Hering Schuppener im Auftrag von **Morgan Stanley** als Berater tätig. Notheis hatte Mappus im Herbst 2010 empfohlen, als "Medienberater" einen Mitarbeiter von Hering Schuppener zu beauftragen:^[4] *"Er wird den richtigen Spin bei FAZ, Handelsblatt, FTD etc. erzeugen und Dich aufs Titelblatt bringen."*

Von Hering Schuppener wurde Mappus dann mit Argumentationshilfen (Multiples) versorgt. In einer E-Mail zwischen einem Morgan-Stanley-Banker und einem PR-Berater von Hering Schuppener heißt es^[5]: *"Herr Mappus wird und soll nicht über Multiples reden, das wäre nicht authentisch."*

Der Medienberater **Folker Dries** von Hering Schuppener (früherer Ressortleiter bei der FAZ) kam auf die Idee, zur Vorbereitung des Deals am Sonntagabend, dem 5. Dezember 2010, einen Redakteur der FAZ hinzuzubitten.^[6] Erst für den folgenden Tag war eine Sondersitzung des Kabinetts anberaumt. Mappus gab dem FAZ-Journalisten ein Interview, noch ehe das Geschäft eingetütet und von den zuständigen Gremien abgesegnet war.

Im Rahmen ihrer Ermittlungen gegen Mappus und Notheis durchsuchte die Staatsanwaltschaft am 11. Juli 2012 die Düsseldorfer Büros von Hering Schuppener.^{[7][8]}

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Hering Schuppener-Gruppe wurde 1995 von **Ralf Hering** und **Bernd Schuppener** gegründet. Ralf Hering verstarb am 16. Februar 2018.^[9] **Folker Dries** übernahm die Geschäftsführung.^[10] Die Gruppe gehört inzwischen zur britischen **WPP Group**. Sie ist Gründungsmitglied des **AMO Netzwerks**, eines weltweit führenden Konsortiums von Beratungsgesellschaften für Finanz- und Unternehmenskommunikation.

Die Agentur bietet umfangreiche Dienstleistungen an: vom Coaching und der Krisenkommunikation bis zur Medienarbeit und dem Medientraining reicht. Zur Medienarbeit gehört auch, Einfluss auf die Berichterstattung im Sinne der Kunden zu nehmen. Die Berater von Hering Schuppener verfügen über exzellente Kontakte zu Entscheidungsträgern in der Wirtschaft, der Politik und den Medien.

Struktur, Geschäftsfelder, Umsatz

Der Hauptsitz ist Düsseldorf. Weitere Büros gibt es in Frankfurt am Main und Berlin. Die Tochtergesellschaft **Hering Schuppener Healthcare** Unternehmensberatung für Gesundheitskommunikation hat ihren Hauptsitz in Hamburg. Ein weiteres Unternehmen der Hering Schuppener-Gruppe ist die **Hering Schuppener Consulting Strategieberatung für Kommunikation** GmbH, Düsseldorf.

Verbindungen und Netzwerke

Bernd Schuppener (Geschäftsführender Gesellschafter) Seine Karriere begann 1982 beim **ZDF** als Assistent des damaligen Intendanten **Dieter Stolte**. 1990 wechselte er in die Kommunikationsberatung als Geschäftsführer von **ABC/EUROCOM** Corporate & PR^[11]

Henriette Peucker, Managing Director, Lebensgefährtin vom **Jörg Asmussen**, 2008 - 2015 Staatssekretär im **Bundesarbeitsministerium**^[12] Seit 2016 tätig für die Investmentbank Lazard.

Quelle: ^[13]

(Stand: Juli 2018)

Weiterführende Informationen

- [Martin Noé und Ursula Schwarzer: Wirtschaft und Medien Halt die Presse, Manager-Magazin vom 11. Juli 2007](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Hering Schuppener fusioniert mit Finsbury und Glover Park](#), wuv.de vom 07.07.2020, abgerufen am 04.07.2022
2. ↑ [About us](#), fgsglobal.de, abgerufen am 04.07.2022
3. ↑ [Eintrag 2017](#), Lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
4. ↑ [Baden-Württemberg Verhängnisvolle Freundschaft](#), Der Spiegel vom 16. Juli 2012, S. 23
5. ↑ [Der Spiegel](#) vom 16. Juli 2012, S. 23
6. ↑ [Reiner Ruf: EnBw-Untersuchungsausschuss Die OEW springen Mappus bei](#), Stuttgarter Zeitung vom 25. Mai 2012
7. ↑ [Ermittlungen gegen Stefan Mappus Staatsanwaltschaft besucht Hering Schuppener](#), PR Report vom 12. Juli 2012, Website prreport, abgerufen am 28. Juli 2012

8. ↑ [Mappus-Affäre weitet sich aus: Razzia in Düsseldorfer Unternehmen](#), Rheinische Post, 11. Juli 2012, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
9. ↑ [Hering Schuppener: Agenturgründer Ralf Hering ist tot](#), Horizont.net, 19. Februar 2018, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
10. ↑ [Folker Dries ist Geschäftsführer von Hering Schuppener](#) Kress News, 16. März 2018, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
11. ↑ <http://www.communicationmanagement.de/index.php?id=1258> Website Universität Leipzig]
12. ↑ [Der Gehilfe](#) faz.net vom 25.08.2012, abgerufen am 01.01.2014
13. ↑ [Unser Team](#) Webseite Hering Schuppener, abgerufen am 30.07.2018

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von [Gesamtmetall](#) zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	12
2 Eingeschaltete Agenturen	12
3 Ziele	12
4 Organisationsstruktur und Personal	14
4.1 Geschäftsführer	14
4.2 Prokurist	14
4.3 Kommunikationschef	14
4.4 Public Affairs	14
4.5 Lobbyist:innen	14
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	14
4.7 Beirat	15
4.8 Kuratorium	15
4.9 Botschafter	15
4.10 Wissenschaftliche Beratung	18
4.11 ÖkonomenBlog	19
4.12 Förderverein	19
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	20
5.1 Kampagnen	20
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	21
5.3 Studien	22
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	22
5.5 Veranstaltungen	22
5.6 Fernsehen und Hörfunk	22
5.7 Medienkooperationen	22
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	23
5.9 Weitere mediale Mittel	23
6 Kritik an der INSM	23
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	23
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	24
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	24
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	24
6.5 Verhältnis zu den Medien	25
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	26
6.7 Schleichwerbung	26
6.8 Einschüchterung von Medien	26
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	26
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	27
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	27
7 Zitate	27
8 Weiterführende Informationen	27

9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
10 Einzelnachweise	28

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die [berolino.pr GmbH](#). Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von [berolino.pr /INSM](#) ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die [berolino.pr GmbH](#) in [INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH](#) um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht

empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist.innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon Berg vent für Deutschland](#)

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur

man Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von

Man

Dom

iniqu

e Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021Geschäftsführende

Döttl

ing

Flori

an

Gers

ter

er Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und

ter

ter

Mart

in

Kan
negi

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

eßer

Otm

ar Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Osw

ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Aren

d
Oetk

er

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walt

her

Otre

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der [Paqu Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d

Raff

elhü

sche

n

Arnd

t

Raut

enbe

rg

Ran

dolf

Rod

enst

ock

Krist

ina

Schr

Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der [Kommission Alterssicherung](#)^[28]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#) jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr

öder Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch](#) [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic](#) [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)
kart

Jürg
en
Star
k

Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Mitglied des Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied Stau des Aufsichtsrats der [USU Software AG](#), Mitglied der [SPD](#)
dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des [Stra](#) [Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha](#) [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na
me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedric](#) [ulf](#) [h-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des [Bari](#) [Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie](#) [ng](#) [Gesellschaft](#)

Mar
ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt
t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic
hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo
s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August](#)
l

Kirc von Hayek Stiftung, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung**, setzt sich für eine **hho** Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben **f** großer Vermögen" entlastet^[30]

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von **ABB**, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der**
Peff **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR), Mitglied des **Wissenschaftlicher**
eko **Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**, des Wissenschaftlichen Beirats
ven der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** und des Beirats der **D**
Z BANK AG

Chri
stin
e
Sch
eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der **CNC**
Communications & Network Consulting)

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[31], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der **Jenoptik**,
har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank **Me**
Spä **rrill Lynch**, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der **Herrenknecht AG**, beriet
th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

am 18. März 2016
verstorben

Ed
mu
nd
Stoi
ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-
Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach
deren Kritik an den
Agrarsubventionen

Han ehem. Präsident der **Deutschen Bundesbank**, Mitglied der Kuratoriums der **Kon**
s **rad-Adenauer-Stiftung**, der **Friedrich August von Hayek Stiftung**, der **Stiftung**
Tiet **Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik** und Mitglied der **Ludwig-**
me **Erhard-Stiftung**). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der
yer INSM.^[34]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das **Institut der deutschen Wirtschaft**, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch".^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO2-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der

Bildungsmonitor INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL –](#)

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier".^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells" ^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.

- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: *Die Gazette* 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf](#), suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ [Pressemitteilung vom 31.01.2019](#), abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizon.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, *Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht*, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: *beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater*, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023

24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [\[8\]](#), Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [\[9\]](#), Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [\[10\]](#), Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [\[11\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

57. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
58. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
59. ↑ [\[12\], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021\]](#)
60. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011](#)
61. ↑ [\[13\] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021\]](#)
62. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
63. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
64. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022](#)
65. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022](#)
66. ↑ [\[14\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
67. ↑ [\[15\], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
68. ↑ [\[16\], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021](#)
69. ↑ [\[17\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
70. ↑ [\[18\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
71. ↑ [\[19\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
72. ↑ [\[20\] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021](#)
73. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021](#)
74. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017](#)
75. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011](#)
76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011](#)
77. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist](#)
78. ↑ [\[21\], Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017](#)
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011](#)

84. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ 12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. **Sigmar Gabriel**, ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt **Friedrich Merz** diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1952
Hauptsitz	Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	32
1.1 Netzwerk der Mitglieder	32
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	32
2 Fallstudien und Kritik	32
3 Organisationsstruktur und Personal	33
3.1 Geschäftsführender Vorstand	33
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	33
3.3 International Advisory Council	35
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	36
4 Kurzdarstellung und Geschichte	36
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
6 Einzelnachweise	36

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchener Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, **Mathias Döpfner**^[10], Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist **Eckart von Klaeden**^[12], die CDU-Politikerin **Julia Klöckner**^[13] und der Grünen-Politiker **Cem Özdemir**^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens **Transatlantic Trade and Investment Partnership** (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu

nkt Name

ion

Verbindungen

Vor

sitz

en

der

[Sigmar Gabriel](#)

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- [Trilaterale Kommission](#) und [European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- [Deutsche Bank](#), Aufsichtsrat
- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die *Holtzbrinck-Medien Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

Ste

llv.

Vor

sitz

en

[Michael Hüther](#)

- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Köln, Direktor

der

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der
Norbert Röttgen

- [CDU](#), Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm
eis
teri
n
Ge
sch
äft
sfü
hre
rin
Ute Wolf
Julia Friedlander

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Andreas Dombret	Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Stellv. Vorsitzender	Christian Lange	SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
Stellv. Vorsitzende	Christine C. Graeff	Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
--------------	-----------------	--

- Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Stellv. Vorsitzender

- | | |
|----------------------------------|--|
| Arend Oetker | <ul style="list-style-type: none"> • Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH |
| Roland Berger | <ul style="list-style-type: none"> • Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) • Honorary Chairman der Roland Berger GmbH |
| Jürgen H. Conzelmann | Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO |
| Jürgen R. Großmann | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE • RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums |
| Axel Hörger | Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands |
| Hans-Ulrich Klose | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) • Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats |
| Thomas Rodermann
Lutz Raettig | Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats |
| Peter Wittig | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC • Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs |

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- [Roland Berger](#), Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- [Arend Oetker](#), Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz

- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, Bayer AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: [19]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- Michael Vassiliadis, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Lüer Wojtek

(Stand: April 2020) Quelle: [20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. [21] Als Schwesterorganisation wurde der American Council on Germany (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". [22]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Über uns, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010, Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ Gysi stellt sich vor Liebich, Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges, abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020

10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	38
2 Organisationsstruktur und Personal	38
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	38

2.2 Geschäftsführung	38
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	39
2.4 Policy Fellows	39
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	39
4 Lobbystrategien und Einfluss	40
5 Fallstudien und Kritik	40
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	40
6 Weiterführende Informationen	41
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
8 Einzelnachweise	41

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA

- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

Klaus F. Zimmermann war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der **Deutsche Post-Stiftung**. Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die **Deutsche Post-Stiftung** ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der **Deutsche Post-Stiftung** sitzen Personen aus dem Umfeld der **Deutsche Post DHL Group**. Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter **Deutsche Post-Stiftung** abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur initiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep](#)

lobbying, zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^[19],^[20]

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ [Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension, Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009](#), Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), [Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015

16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ [Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011](#), Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014